



STOP THE INHUMANITY AT EUROPE'S BORDERS

MANIFESTO

AI: Freepik | Concept: @ricsontherocks

DIE UNMENSCHLICHKEIT AN DEN GRENZEN EUROPAS STOPPEN

DIE KAMPAGNE

BRUTALE GRENZEN

Menschen, die vor Krieg, Verfolgung, Ernährungsunsicherheit und klimabedingten Katastrophen fliehen, werden an allen Grenzen Europas mit gewaltsamen Zurückweisungen zu Lande und auf See konfrontiert. Menschen, die dringend Sicherheit und Schutz benötigen, werden grausam und menschenunwürdig behandelt und ihnen wird die grundlegende humanitäre Hilfe verweigert.

Sie riskieren Tod, Inhaftierung, sofortige Abschiebung oder Ausbeutung sowohl durch Staaten als auch durch skrupellose Arbeitgeber, Menschenhändler und andere Kriminelle. Menschen in akuter Not wird die Menschlichkeit und der Respekt verweigert, die sie zu Recht erwarten dürfen. Sie haben kaum oder gar keine Möglichkeit, Wiedergutmachung für die durch die brutalen Misshandlungen entstandenen Schäden zu fordern. Dies kommt einer Abschreckung durch den Tod gleich.

WIE KONNTE SO WEIT KOMMEN?

Menschen sind schon immer gewandert, sei es auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung und Armut oder auf der Suche nach einem besseren Leben. Das ist im Laufe der Geschichte immer so gewesen. Die Wanderungsbewegungen brachten in der Regel Vorteile sowohl für die Migranten als auch für die aufnehmenden Gemeinschaften. Migration ist ein wesentlicher Bestandteil des Menschseins. Sie ist niemals ein Verbrechen. Menschen, die migrieren sind nicht illegal.

Leider teilen viele politische Entscheidungsträger in Europa dieses historische und humane Verständnis von

Migration nicht, und die Feindlichkeit gegen Migranten nimmt zu. Entgegen aller verfügbaren Beweise ist eine alarmierende Zahl von Europäern der Ansicht, dass Europa durch Migration negativ beeinflusst wird.

Ihrer Meinung nach stellt ein Großteil derjenigen, die an den Grenzen Europas ankommen, eine Bedrohung für die Sicherheit in den europäischen Ländern und eine unerträgliche Belastung für die Wirtschaft und die öffentlichen Dienste dar. Es gibt jedoch zahlreiche Belege dafür, dass Migranten, die aufgenommen werden und die Möglichkeit haben, sich in angemessener Weise zu integrieren, einen positiven Beitrag für die Volkswirtschaft und die aufnehmende Gemeinschaft leisten.

DIES SIND KEINE EINZELFÄLLE!

27. DEZEMBER 2024

Drei Jugendliche aus Ägypten – Ahmed Samra, Ahmed Elawdan und Seifalla Elbeltagy – starben an Unterkühlung und Erschöpfung in einem Wald an der bulgarischen Grenze. Grenzbeamten hinderten Aktivisten von Solidaritätsgruppen daran, sie lebend zu erreichen.

26. FEBRUAR 2023

Mindestens 94 Menschen aus Afghanistan, Pakistan, Somalia und dem Iran, darunter 12 Kinder, starben, als ihr Boot vor der Südküste Italiens in rauer See sank. Dutzende weitere werden vermisst.

3. JULI 2022

Ajmal Khan, ein 17-jähriger afghanischer Jugendlicher ertrank bei dem Versuch, den Fluss Drina in der Nähe der Stadt Bijeljina in Bosnien-Herzegowina zu überqueren – eine häufig genutzte, aber gefährliche Route für Menschen auf der Flucht.

24. NOVEMBER 2021

Ein Schlauchboot kenterte in der Nähe von Dünkirchen auf dem Weg von Frankreich nach Großbritannien. 27 Menschen, darunter fünf Frauen und zwei Kinder, starben.

In vielen Ländern wurde dieses „feindliche Umfeld“ bewusst und böswillig von Politikern und Medien angeheizt, die Popularität erlangen oder Schlagzeilen machen wollen. Es ist besorgniserregend, dass sich angesichts des Todes und der schweren Traumata, die viele Flüchtlinge und Migranten auf ihren Reisen erleiden, eine „Epidemie der Gleichgültigkeit“ ausgebreitet hat.

KONFLIKTTENDENZEN

In den letzten fünf Jahren hat sich das Ausmaß bewaffneter Konflikte weltweit fast verdoppelt und ist auf dem höchsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg. Im Jahr 2020 verzeichnete ACLED 104.371 Konfliktfälle, im Jahr 2024 waren es fast 200.000. Dies hängt vor allem mit den drei größeren Konflikten zusammen – in der Ukraine, im Gazastreifen und in Myanmar –, die in dieser Zeit begannen oder wieder aufflammten, sowie mit anhaltenden Kriegshandlungen in vielen anderen Ländern mit hoher Konfliktrate.

In Ländern wie der Demokratischen Republik Kongo, Myanmar und Sudan und insbesondere im Gazastreifen und anderen Teilen des besetzten Palästinas richtet sich die Gewalt unerbittlich gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen. Die Beachtung der einschlägigen internationalen Normen ist auf einem historischen Tiefstand. Die Zivilbevölkerung trägt die Hauptlast dieser brutalen Rechtlosigkeit. Die überwiegende Mehrheit der Menschen, die vor bewaffneten Konflikten flieht, bleibt innerhalb ihres eigenen Landes oder ihrer Region. Das UN-Flüchtlingshilfswerk schätzt, dass sich weltweit etwa 75 Prozent der Flüchtlinge und Vertriebenen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen aufhalten.

Während viele der am stärksten gefährdeten Menschen auf der Flucht Opfer von Kriegen und Unterdrückung sind, werden immer mehr Menschen durch die Folgen der Klimakrise entwurzelt. Das Land, das seit Jahrhunderten sie ernährt hat und Lebensgrundlage war, wird unbrauchbar und aufgegeben. Dies setzt die Ernährungssicherheit und andere Dienstleistungen in den Städten unter enormen Druck. In einigen Fällen beschleunigt dies die internationale Migration.

Europa hat die Möglichkeit, den Opfern von Krieg, Verfolgung und Klimawandel Zuflucht, menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie die Chance auf einen Neuanfang zu bieten und gleichzeitig den dringenden Bedarf unseres Kontinents an Arbeitskräften zu decken.

DIE DEMOGRAFISCHE HERAUSFORDERUNG

Europa steht vor erheblichen demografischen Herausforderungen. Dazu gehören eine schrumpfende Bevölkerung, eine alternde Erwerbsbevölkerung und ein erheblicher Arbeitskräftemangel in Berufen, die viele Bürger in den Aufnahmegesellschaften nicht mehr ausüben wollen. In den kommenden Jahrzehnten wird Europa eine große Zahl von Neuankömmlingen benötigen, um offene Stellen in wichtigen Bereichen wie dem Gesundheitswesen, der Sozialfürsorge und dem Bauwesen zu besetzen. In einer Zeit, in der Tausende syrische und ukrainische Ärzte und Krankenschwestern über eine Rückkehr in ihre Heimat nachdenken, ist Europa nicht darauf vorbereitet, die zunehmenden Lücken auf seinem Arbeitsmarkt zu schließen.

Man könnte argumentieren, dass Europa seinen Bedarf an Migranten decken kann, indem es Visa an Personen ausstellt, die diese direkt in ihren Heimatländern beantragen können. Wenn jedoch bewaffnete Konflikte und andere lebensbedrohliche Situationen Menschen dazu zwingen, unter chaotischen Umständen zu fliehen, ist diese Option selten verfügbar. Und doch hat Europa 2015 fast eine Million Menschen aufgenommen, die vor den Konflikten in Afghanistan und Syrien geflohen waren. Auch 2022 hat Europa angesichts der russischen Invasion in der Ukraine und der folgenden Massenflucht seine Großzügigkeit unter Beweis gestellt. Viele Tausend Ukrainer konnten nach Europa kommen und sich dort niederlassen, wo sie uneingeschränkten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Beschäftigungsmöglichkeiten erhielten.

UNZUREICHEND ANSATZ

Die Reaktion Europas auf die Ankunft von Flüchtlingen und anderen Migranten war jedoch äußerst unzureichend. Bei dem Versuch Europa zu erreichen sind den letzten zehn Jahren Schätzungen zufolge mindestens 30.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken.

Viele weitere Todesfälle dieser Art werden nicht gemeldet, während eine unbekannte Anzahl von Menschen auf den Landwegen und an den Grenzen ums Leben gekommen ist. Viele derjenigen, die die Reise überlebt haben und in Europa angekommen sind, leben in einer Art Schwebezustand, ohne die Möglichkeit sich in diese Gesellschaften zu integrieren, während sie auf die Ergebnisse ihrer Asylanträge warten.

Familien und Gemeinschaften in Krisenländern verschulden sich massiv, um eines ihrer Mitglieder nach Europa zu schicken, wobei sie oft die Dienste skrupelloser Schlepper in Anspruch nehmen. Da es keine legalen Alternativen gibt, bereichert das derzeitige System Kriminelle, versagt bei der Gewährleistung der Sicherheit derjenigen, die sich auf gefährliche Reisen begeben, und trägt dazu bei, dass diejenigen, die diese Reisen überstehen, traumatisiert werden. Eine solche unmenschliche und erniedrigende Behandlung ist moralisch verwerflich und verstößt gegen grundlegende Normen, zu denen sich alle europäischen Staaten verpflichtet haben.

Die europäischen Staaten geben enorme Summen für die Inhaftierung, Überwachung und Unterbringung der neu ankommenden Menschen aus. Diese schutzbedürftigen Menschen dürfen jedoch nicht arbeiten und können so weder für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen, noch einen Beitrag zur Wirtschaft des jeweiligen Aufnahmelandes leisten. Die erzwungene Arbeitslosigkeit und der damit verbundene Verlust des Selbstwertgefühls sind Faktoren, die langfristige psychische Probleme verursachen, die noch mehr Ausgaben für Gesundheitsversorgung und soziale Dienste erfordern.

DIESES MANIFEST

Am 31. Januar 2024 haben sich zivilgesellschaftliche Organisationen aus ganz Europa zusammengeschlossen, um die Kampagne „Die Unmenschlichkeit an den Grenzen Europas stoppen“ zu starten. Die Zahl der Organisationen, die die Kampagne unterstützen, ist stetig gewachsen. Am 1. September 2025 waren es über 150 aus 23 Ländern. Ehrenamtliche Experten, die die Kampagne unterstützen, haben an der Analyse und den detaillierten politischen Empfehlungen gearbeitet, die in diesem Manifest vorgestellt werden.

Diese Vorschläge bieten eine neue und inspirierende Vision für ein Europa, in dem die Achtung des menschlichen Lebens und der Menschenwürde der Schlüssel zur inneren Sicherheit und zum eigenen Wohlstand sind. Anstelle der heute herrschenden brutalen Behandlung von Menschen, die an den Grenzen Europas ankommen, wirbt die Kampagne für ein Europa, das sich für Würde, Menschlichkeit und die Achtung der Rechte aller einsetzt.

Die in diesem Manifest dargelegten Vorschläge bieten Europa die Möglichkeit, seinen eigenen erklärten Werten gerecht zu werden. Diese können nämlich dazu beitragen, verzweifelten Menschen bessere Chancen zu bieten. Sie werden zu einer effektiveren und gerechteren Steuerung der Migrationsbewegungen führen und Europa in die Lage versetzen, ihren wachsenden demografischen Herausforderungen zu begegnen.

Dieses Manifest identifiziert fünf miteinander verknüpfte Themen, die zusammen angegangen werden müssen. Zuerst müssen alle Maßnahmen, die Menschen daran hindern sollten, nach Europa zu kommen, die mit Gewalt verbunden sind und schließlich zu Tod oder Verletzungen führen können, eingestellt werden. Die Aufnahmebedingungen müssen sich an die Achtung der Menschlichkeit richten. Sie müssen die Würde jedes Einzelnen respektieren.

Europa muss seine Unterstützung für Drittstaaten einstellen, wenn dadurch beabsichtigt wird, die Ankunft von Flüchtlingen zu behindern oder verhindern, und wenn sie mit systematischer Gewaltanwendung und der Verweigerung der Grundrechte auf Sicherheit und Würde gegen Menschen auf der Flucht verbunden sind.

Die europäischen Länder müssen sich mit den Herkunfts- und Transitländern sowie mit internationalen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammentun, um die bestehenden legalen Wege auszubauen und neue reguläre Einreisemöglichkeiten zu schaffen, damit Menschen sicher nach Europa reisen können. Dadurch wird es nicht mehr notwendig sein, sich auf Schlepper zu verlassen oder lebensgefährliche Reisen auf sich zu nehmen. Die europäischen Länder müssen außerdem denjenigen, die an den Grenzen Europas Misshandlungen erlitten haben, die Möglichkeit garantieren, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung zu fordern.

Dieses Manifest wurde von den Organisationen verabschiedet, die die Kampagne unterstützen. Es enthält einen neuen Ansatz für den Umgang mit Menschen, die aus anderen Kontinenten nach Europa kommen wollen. Die Partner der Kampagne werden dieses Manifest und seine Empfehlungen nutzen, um ihre Advocacy-Aktivitäten bei den

europäischen und nationalen Parlamenten sowie andere Formen der Mobilisierung und des Engagements der Zivilgesellschaft zu unterstützen.

**ES GIBT EINEN ANDEREN UND BESSEREN WEG.
LASST UNS DIESEN WEG EINSCHLAGEN.**

1. LEBEN RETTEN

Wenn sie an den Grenzen Europas ankommen, werden Flüchtlinge und andere Migranten häufig mit Gewalt konfrontiert und in Situationen zurückgedrängt, in denen ihr Leben, ihre Sicherheit und ihre Menschenrechte gefährdet sind. Dieses Manifest fordert Staaten und andere Akteure nachdrücklich auf, solche Ausweisungen zu stoppen und das Leben dieser Menschen zu schützen, die auf ihrem Weg nach Europa gefährliche Reisen auf sich nehmen.

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex hat in den letzten Jahren rasch an Gewicht gewonnen. Es mangelt ihr jedoch an Rechenschaftspflicht und Transparenz, und ihre Aktivitäten können das Leben und die Sicherheit von Flüchtlingen und anderen Migranten gefährden, die nach Europa einreisen wollen. Dieses Manifest fordert eine Reform der Agentur.

EMPFEHLUNGEN

- 1 Die europäischen Staaten sollten unverzüglich davon absehen, Rückführungen zu Land oder zu See durchzuführen oder zu unterstützen. Diese Maßnahmen sind nämlich oft mit Gewaltanwendung verbunden, bringen Flüchtlinge und andere Migranten in Lebensgefahr, hindern diese Menschen daran, ihr Recht auszuüben, einen Asylantrag zu stellen, und zwingen sie in Länder zurück, in denen sie inhaftiert oder anderweitig misshandelt werden könnten.
- 2 Die europäischen Staaten und Institutionen müssen die humanitäre Rolle von Such- und Rettungsorganisationen (SAR) anerkennen, die Kriminalisierung humanitärer Hilfe beenden und bei jeder Entscheidung in Bezug auf das Mittelmeer den Schutz von Menschenleben auf See in den Mittelpunkt stellen.
- 3 Es sollte baldigst wieder staatlich geförderte Such- und Rettungsmissionen im Mittelmeer geben und geeignete Ankunftshäfen für Flüchtlinge und andere Migranten, die auf See gerettet werden, festgelegt werden.
- 4 Frontex soll sicherstellen, dass die von der Agentur durchgeführten Überwachungsaktivitäten nicht zu Maßnahmen führen, die das Leben von Flüchtlingen und anderen Migranten gefährden oder sie daran hindern, Asylanträge zu stellen; dies betrifft ebenfalls von Frontex selbst oder von der EU und anderen Staaten durchgeführten Maßnahmen. Frontex soll seine Überwachungskapazitäten nutzen, um die Rettung von Menschen auf See zu unterstützen, indem es sofort alle Such- und Rettungsteams in der Nähe eines in Not geratenen Bootes alarmiert.

5

In Zusammenarbeit mit UNHCR sollten die europäischen Staaten und Institutionen sicherstellen, dass Grenzschutzbeamte und anderes Sicherheitspersonal, einschließlich derjenigen von Frontex, gründlich geschult werden, damit sie Menschen auf der Flucht menschlich und ausschließlich in Übereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen des Völkerrechts behandeln.

Menschliche Aufnahmebedingungen schaffen

2. MENSCHLICHE AUFNAHMEBEDINGUNGEN SCHAFFEN

Viele europäische Staaten versuchen, die irreguläre Einreise unerwünschter Personen aus anderen Teilen der Welt durch die Einrichtung von Grenzkontrollen zu verhindern und zu erschweren, die diesen Menschen Leid und Traumata zufügen. Dieses grausame Vorgehen ist sinnlos und unnötig. Die Kontrolle der Grenzen kann aufrechterhalten werden, ohne die Würde derjenigen zu verletzen, die nach Europa einreisen wollen.

EMPFEHLUNGEN

- 1 Die europäischen Regierungen haben das Recht, die Einreise von Personen in ihr Hoheitsgebiet zu regeln, aber Grenzkontrollen müssen so durchgeführt werden, dass Gewaltanwendung vermieden wird und die Menschlichkeit und Würde der Einreisewilligen gewahrt bleibt.
- 2 Personen, die an europäischen Grenzen ankommen, muss die Möglichkeit gegeben werden, einen Asylantrag zu stellen, wenn sie dies wünschen, und sie müssen Rechtsberatung in einer Sprache erhalten, die sie verstehen. Sie sollten nicht dafür bestraft werden, dass sie auf irreguläre Weise an einer Grenze angekommen sind. Solche Praktiken sind nicht nur grausam und respektlos, sondern stellen auch einen offenbaren Verstoß gegen die Verpflichtungen der Staaten nach dem internationalen Flüchtlingsrecht dar, zu dessen Einhaltung sie sich eigentlich verpflichtet haben.

Die europäischen Staaten sollten Aufnahmeeinrichtungen schaffen, in denen die neu ankommenden Menschen registriert werden können, auf Wunsch einen Asylantrag stellen können. Während ihr Antrag geprüft wird, sollten sie dort eine angemessene Unterkunft erhalten, medizinische Versorgung sowie sprachliche Unterstützung und die nötigen Informationen, und es sollten andere grundlegende Bedürfnisse erfüllt werden. Es sollten keine geschlossenen Lager eingerichtet werden. Die Bedürfnisse von Frauen und unbegleiteten Minderjährigen sollten besonders berücksichtigt werden.
- 3 Frontex und die europäischen Staaten sollten sich auf den Schutz aller neu ankommenden Menschen an den Grenzen Europas konzentrieren, Menschen in Not retten, sie vor ausbeuterischen Schleusern und Menschenhändlern schützen und den Zugang zu Asylverfahren in jedem europäischen Staat gewährleisten.
- 4 In Situationen, in denen Asylsuchende lange Zeit auf die Entscheidung über ihren Antrag warten müssen, sollten die Staaten erwägen, ihnen das Recht auf eine bezahlte Beschäftigung sowie uneingeschränkten Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung und Sprachkursen zu gewähren.

ISOLATION UND AUSGRENZUNG BEENDEN

3. ISOLATION UND AUSGRENZUNG BEENDEN

Die Migrations- und Asylpolitik Europas wird zunehmend von Abkommen bestimmt in denen Drittstaaten, die an die EU angrenzen oder an den Migrationsrouten liegen, die Verantwortung für die Kontrolle der Bewegungen von Flüchtlingen und anderen Migranten übernehmen. Einige dieser Abkommen haben zu erschreckenden Fällen von Grausamkeit und Missbrauch geführt. Dieses Manifest fordert die Einstellung solcher Offshoring- oder Externalisierungsprozesse, um die Rechte, die Würde und die Menschlichkeit von Menschen auf der Flucht zu schützen.

EMPFEHLUNGEN

- 1 Die europäischen Staaten und die EU müssen alle Politiken und Praktiken einstellen, die zur Eindämmung oder Zurückweisung von Flüchtlingen und anderen Migranten in Länder führen, in denen ihre Menschlichkeit, Würde und Menschenrechte systematisch verletzt werden.
- 2 Anstelle solcher Maßnahmen sollten sichere und reguläre Wege geschaffen werden, die es Flüchtlingen ermöglichen, aus solchen Ländern nach Europa und in andere Teile der Welt zu ziehen, die Sicherheit und eine Existenzgrundlage bieten, wobei Flüchtlingen, die dringend Schutz und medizinische Versorgung benötigen oder eine Familienzusammenführung beantragen, Vorrang eingeräumt werden sollte.
- 3 Die europäischen Staaten und die EU sollten nicht-europäischen Ländern entweder direkt oder über das UNHCR und seine operativen Partner **nachhaltige** Finanzmittel und Unterstützung zur Verfügung stellen, um diese in der Lage zu versetzen, die erforderlichen Systeme aufzubauen, um neu ankommenden Menschen zu registrieren, ihre Asylanträge zu prüfen und ihnen Schutz und die Möglichkeit zu bieten, sich unter würdigen und respektvollen Bedingungen dort aufzuhalten [[anzusiedeln](#)].
- 4 Alle bestehenden oder neuen Abkommen in Zusammenhang mit der Bewegungsfreiheit von Menschen, die von der EU, ihren Mitgliedstaaten oder anderen europäischen Staaten mit Drittländern geschlossen werden, sollten an die Bedingung geknüpft sein, dass angemessene Vorkehrungen für eine menschliche Aufnahme dieser Personen und die Achtung ihrer Grundrechte getroffen werden.

SCHAFFUNG SICHERER FLUCHTWEGE

4. SCHAFFUNG SICHERER FLUCHTWEGE

Dieses Manifest fordert die Einrichtung von Routen, die es Flüchtlingen und anderen Migranten ermöglichen, Europa zu erreichen, ohne schwierige, gefährliche und manchmal tödliche Reisen auf sich nehmen zu müssen. Sichere Routen könnten das Ausmaß solcher Bewegungen verringern und es Menschen mit besonderen Bedürfnissen oder Fähigkeiten ermöglichen, sich in Europa niederzulassen.

EMPFEHLUNGEN

- 1 Die EU, ihre Mitgliedstaaten und andere europäische Länder sollten dringend schlüssige und konkrete Pläne für die Einrichtung, den Ausbau und die Umsetzung sicherer Routen erstellen.
- 2 Dieser Prozess sollte in enger Abstimmung mit internationalen Organisationen wie dem UNHCR und der IOM, den Herkunfts-, Erstasyl- und Transitländern, lokalen Regierungsstellen sowie Nichtregierungsorganisationen und Organisationen der Zivilgesellschaft, einschließlich Diaspora-Organisationen und solchen, die von Flüchtlingen und anderen Migranten gegründet wurden und diese vertreten, erfolgen.
- 3 Alle europäischen Regierungen sollten staatlich geförderte Neuansiedlungsprogramme schaffen, die die geplante Ankunft anerkannter Flüchtlinge ermöglichen, die in ihrem Asylstaat keinen wirkungsvollen Schutz finden können. Der Umfang solcher Neuansiedlungsprogramme sollte der Aufnahmekapazität der betreffenden Staaten entsprechen.
- 4 Die europäischen Regierungen sollten die Schaffung von gemeindebasierten Neuansiedlungsprogrammen unterstützen, bei denen neu angekommene Flüchtlinge von Familien, Nachbarschaftsgruppen, religiösen Organisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Vereinigungen aufgenommen und unterstützt werden.
- 5 In Absprache mit dem UNHCR sollten die europäischen Staaten prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, Pläne zur Umsetzung von Familienzusammenführungsprogramme, Initiativen zur Arbeitskräftemobilität, Universitätsstipendien, humanitären Visa und Korridoren zu erarbeiten und auszuweiten.

GERECHTIGKEIT UND WIEDERGUTMACHUNG ERMÖGLICHEN

5. GERECHTIGKEIT UND WIEDERGUTMACHUNG ERMÖGLICHEN

Obwohl Flüchtlinge und andere Migranten, die um Aufnahme in Europa ersuchen, oft unmenschlicher, unwürdiger und illegaler Behandlung durch Staatsbeamte ausgesetzt sind, sind ihre Möglichkeiten, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für solche Missbräuche zu fordern, äußerst begrenzt. Dieses Manifest fordert die Staaten und die Europäische Union auf, diese inakzeptable Situation zu korrigieren.

EMPFEHLUNGEN

- 1 Die europäischen Regierungen sollten die Einrichtung gründlicher, wirksamer und unabhängiger Untersuchungen unter Beteiligung von Familienangehörigen in Fällen unterstützen, in denen Flüchtlinge und andere Migranten aufgrund von Handlungen oder Unterlassungen von Staatsbediensteten und anderen Akteuren ihr Leben verloren haben oder Opfer missbräuchlicher Behandlung geworden sind. Die Staaten müssen Migranten Zugang zu rechtlich relevanten Informationen, Unterstützung und Beistand in einer für sie verständlichen Sprache garantieren. Sie müssen sicherstellen, dass besondere Maßnahmen getroffen werden, die den Bedürfnissen bestimmter Gruppen, wie beispielsweise unbegleitete minderjährige Migranten, gerecht werden.
- 2 Insbesondere sollte Frontex alle Fälle die von NGO's, zivilgesellschaftlichen Organisationen und den Medien über Zurückweisungen, Rückführungen und die Anwendung von Gewalt an den Grenzen Europas berichtet werden, systematisch untersuchen.
- 3 NGO's, Wohltätigkeitsorganisationen und Menschenrechtsverteidiger, die Flüchtlinge und andere Migranten an den Grenzen Europas direkt unterstützen, dürfen nicht kriminalisiert oder bestraft werden für Aktivitäten, die dem Schutz des Lebens und der Rechte von Menschen dienen, die nach Europa einreisen wollen.
- 4 Staaten sollten keine rechtlichen Schritte gegen Flüchtlinge und andere Migranten einleiten, die illegal nach Europa eingereist sind oder anderen dabei geholfen haben, illegal nach Europa einzureisen.
- 5 Die Staaten sollten dringend Maßnahmen ergreifen, um die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte wirksam umzusetzen. Sowohl die Europäische Kommission als auch der Europarat sollten erwägen, die Umsetzungsbemühungen der Staaten in Bezug auf die Urteile dieses Gerichtshofs genau zu überwachen.

UNTERZEICHNER

[.....]

DANK AN ALLE MITWIRKENDEN

Dieses Manifest ist das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit derjenigen, die die Policy Briefs entwickelt haben, auf denen seine Vision basiert: Martin Barber, Laura Blythe, Jeff Crisp, Antonio Donini, Bradley Hillier-Smith, Ciaran King, Karla Marek, Christin Lesker, Emma Musty, Poppy G., Florin Najera-Uresti, Lul Seyoum und Rache' Westerby. Wir danken auch den Mitgliedern des Kampagnenaktionskomitees – Catriona Jarvis, Norah Niland, Salem Mezhoud, Jean-Baptiste Richardier, Armida Francesconi und David Wardrop, deren durchdachte Bewertungen und Perspektiven diesen Prozess weiter geprägt haben. Design von @ricsontherocks.